

Für nicht verlangte Einfernungen an Redaktion und Verwaltung wird keinerlei Haftung übernommen, auch eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. — Eigentümer, Verleger und Drucker: Wagner'sche Universitäts-Buchdruckerei in Innsbruck, Gelferstraße 5. — Verantwortlicher Schriftleiter: J. C. Langhaus. Für den Inseratenteil verantwortlich: Rudolf Wagner.

Verwaltung: Schriftleitung Nr. 756. Bezugsspreise: Am Plaze monatlich in den Abbestellen S 4.20, mit Zustellung ins Haus S 4.60. Einzelnummer 20 Groschen. Sonntagsnummer 30 Groschen. Mit Postzusendung monatlich S 4.60. Deutschland monatlich S 5.—, in das übrige Ausland monatlich S 7.—. Mit Postzusendung nach Süd- oder Ost- oder Italien monatlich Lire 16.—, Einzelnummer Lire —.70 (—80). Postparaffa-Konto 52.877.

Wiener Büro: Wien, I., Mähringergasse 4 (Schillerhof). Fernruf 24—29. Die Bezugsgebühr ist im vorhinein zu entrichten. Durch Streich oder durch höhere Gewalt bedingte Störungen in der Zustellung verpflichten und nicht zur Rückzahlung von Bezugsgebühren. Entgeltliche Anfragen und in redaktionellen Zeilen sind mit einem Kreuz und einer Nummer kenntlich gemacht.

Auswärtige Anzeigenannahmestelle: Österreichische Anzeigen-Gesellschaft A.-G., Wien, I., Brandstätte 8, Fernruf 62.595.

Nummer 24

Montag, den 30. Jänner 1928

75. Jahrgang

Wochenkalender: Montag, 30. Martina. Dienstag, 31. Petrus Pol. Mittwoch, 1. Febr. Ignaz R. Donnerstag, 2. Maria Lichtmess. Freitag, 3. Basilius. Samstag, 4. Veronika. Sonntag, 5. Magda.

Vor einer Lösung der österreichischen Eherechtsfragen.

Ausgabe eines oberstergerichtlichen Judikates zur Vereinheitlichung der Rechtsprechung. Mitteilungen des Leiters des Obersten Gerichtshofes.

Wien, 30. Jänner. (Priv.)

Der Präsident und derzeitige Leiter des Obersten Gerichtshofes, Dr. Adrian Pascoletto, teilt in Angelegenheit der angebotenen Lösung des herrschenden Eherechtswirrwars in Österreich mit: Gegenwärtig wird über Veranlassung des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes von zwei Mitgliedern dieser Instanz ein Gutachten ausgearbeitet, das Richtlinien für die Rechtsprechung in Sachen der Dispensen enthält. Nach der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes hat der damalige Präsident des Obersten Gerichtshofes, Dr. Rollet, spontan und nicht wie verlautbart wurde, über Auftrag des Justizministeriums, die Abfassung dieses Gutachtens angeordnet. Auf Grund der Entscheidung des Plenums wird ein Judikat herausgegeben werden, das zwar nicht bindende Gesetzeskraft hat, aber als Richtschnur für die untergeordneten Richterstellen aufzufassen ist.

Der Partei steht es frei, wenn ein Richter gegen den Sinn dieses Judikates entschieden hat, den Rechtsmittelweg zu beschreiten und es ist selbstverständlich, daß der Oberste Gerichtshof als letzte Berufungsinstanz sich streng an dieses Judikat halten wird. Es ist anzunehmen, daß Ende Februar das Judikat ausgegeben werden wird. Die Folge davon wird zweifellos eine größere Einheitlichkeit in der Rechtsprechung bei Dispensereklagen sein, wenn auch nicht damit zu rechnen ist, daß ausnahmslos im Sinne der Auffassung des Obersten Gerichtshofes erkannt werden wird. Bis zur Ausgabe des Judikates sind alle im Rechtsmittelwege zum Obersten Gerichtshof gelangten Dispensereklagen, belläufig ein Dutzend an der Zahl, zurückgestellt worden.

Verkehrsfragen im Bundesausbau.

Wien, 20. Jänner. Der Budgetausföhrer legte gestern die Debatte über den Etat des Bundesministeriums fort. Abg. Limberger (Soz.) befragte die Fragen des Fremdenverkehrs und verlangte die Modernisierung des Eisenbahnsystems.

Bundesminister Schürff sprach über das gewerbliche Kreditwesen, über Fragen des Gewerbes und über das gewerbliche Unternehmertum und die Frage des Straßenbaues. Der Plan, die Baustufen für die Straßen durch eine Anleihe auszubringen, sei an der Anschauung der Finanzexperten des Bundesbundes gescheitert, da ein gesicherter Amortisations- und Zinsendienst nicht vorhanden wäre. Es sei gedacht, ein allgemeines Straßenbauprojekt auszuarbeiten, das fünf hundert Kilometer Straßen umfasse.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Straßner teilte der Minister bezüglich der Brückenbauten nachstehendes mit: Von der Bundesverwaltung wurden in den Jahren 1918 bis 1927

insgesamt 1445 Meter neue Brücken dem Verkehr übergeben,

wovon der größere Teil auf die Zeit nach dem Jahre 1922 entfällt. Von den größeren Eisenbahnbrücken sind zu erwähnen, die 110 Meter lange Schwanenbrücke bei Reutte, die 117er Brücke bei Zumbach mit 51 Metern und die 106er Brücke in Walsgraben mit 34 Metern Spannweite. Mit Ende des Jahres 1927 befanden sich sieben weitere Brücken mit einer Gesamtspannweite von 425 Metern im Bau, die mit Wölschlag des Jahres 1928 der Benützung übergeben werden sollen. Im Jahre 1928 sollen außer den bereits im Bau befindlichen Brücken noch weitere Brücken mit einer Gesamtspannweite von 415 Metern zur Ausführung gelangen.

Standesfragen der Architektenkammer.

Die österreichischen Architekten haben, so führte der Minister weiter aus, unter den wirtschaftlichen Verhältnissen

nischen außerordentlich zu leiden, die Benützung einzelner öffentlicher Gebäudeträume reicht zur Beschäftigung des Standes noch lange nicht hin. Das Ministerium hat sich wiederholt mit der Lage der Architektenkammer beschäftigt. Der Verwirklichung der von der Architektenkammer angestrebten Schaffung einer Architektenordnung stand bis vor kurzem als Haupthindernis der verschiedenartig gestaltete Studiengang im Architektenunterricht entgegen. Durch die nunmehr erzielte Einigung zwischen der Technischen Hochschule einerseits und der Akademie der bildenden Künste andererseits und die auf dieser Grundlage soeben erzielte Regelung des Architektenunterrichtes in Österreich ist erst ein Fundament geschaffen worden, um die Frage des Schutzes des Architektentitels der Lösung zuzuführen. Die Errichtung einer Architektenkammer könnte nur im Zusammenhange mit der Reform der bestehenden Ingenieurkammern durchgeführt werden.

Neue Forderungen der Postgewerkschaft.

Wien, 30. Jänner. (Priv.) Der Vorstand der Postgewerkschaft hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, ein neues Forderungsprogramm aufzustellen und die Angliederung an das Gewerkschaftsnetz der Gewerkschaften, die bereits einen 12. Monatsgehalt beziehen, zu fordern. In seinem Beschlusse verweist der Vorstand darauf, daß auch die Bundesbahndienstleistungen zu Bezahlungen einen halben Monatsgehalt bekommen haben. Der 12. Monatsgehalt soll den Bundesangestellten in zwei Raten, und zwar die eine Hälfte zu Weihnachten, die andere bei Eintritt des Sommerurlaubes ausgezahlt werden. Erst nach dieser Angliederung könnte in die von Bundesfinanzler Seipel angelegte angestrebte theoretische Erörterung über die volle Satisfaktion eingegangen werden. Dieser Beschlusse soll der nächsten Sitzung des Postzentralausschusses zur Erörterung vorgelegt werden.

Der Waffenschmuggel nach Ungarn.

Die Demarche der Kleinen Entente.

Prag, 29. Jänner. (Priv.) Die Demarche der Staaten der Kleinen Entente wegen der Waffenschmuggelaffäre von St. Gotthard wird morgen erörtert. Es werden von der Tschechoslowakei, Estland und Rumänien drei gleichlautende Noten in dieser Angelegenheit überreicht werden, die sich darauf beschränken, den Böhmerland zu informieren, ohne Sanktionen zu verlangen. Das weitere Vorgehen soll dann dem Ermessen des Böhmerlandes anheimgestellt werden.

Angebliche Amtsmißbräuche bei der oberösterreichischen Gendarmerie.

Forderung nach Einberufung des Nationalrates.

Wien, 28. Jänner. Der sozialdemokratische Klub hat an den Präsidenten Niklas ein Schreiben gerichtet, in dem der Klub die Einberufung des Nationalrates fordert. In dem Schreiben heißt es, daß sich in Oberösterreich die Zahl schwerer Amtsmißbräuche von höheren Gendarmenbeamten derart gehäuft habe, daß eine gründliche Ansprache unerlässlich sei. Der sozialdemokratische Verband fordert die Einberufung des Plenums des Nationalrates für Mittwoch, den 1. Februar, überläßt es aber dem Präsidenten, die Plenarsitzung eventuell für Donnerstag, den 2. Februar einzuberufen.

Bei der Leitung des sozialdemokratischen Verbandes sollen von den oberösterreichischen Vertretungsmännern Beschwerden über Mißbräuche der Gendarmen eingelaufen sein. Das Material und die betreffenden Belege seien so umfangreich, daß sie nicht vor Post, sondern durch den sozialdemokratischen Gewerkschaftsleiter und Abg. Baumgartner nach Wien gebracht wurden. Abg. Deutsch sei gegenwärtig mit der Sichtung des Materials betraut.

Von wohlinformierter Seite gehen der „Korrespondenzherzog“ folgende Informationen aus: Das Verlangen der Sozialdemokraten hängt zweifellos mit den am 1. Dezember 1927 durchgeführten Neuwahlen in die Personalvertretung der Gendarmerie zusammen. Zwischen

der Personalvertretung und dem Landesgendarmeriekommando kam es in der Folge zu Mißverständnissen, wobei die leitenden Gendarmenbeamten in Oberösterreich zur Ueberzeugung gelangten, daß die Schuld an der Unmöglichkeit eines gedeihlichen Zusammenarbeitens beider Faktoren an der Personalvertretung liegt. Aus diesem Grunde erließen sie einen Aufruf an alle oberösterreichischen Gendarmenbeamten mit der Aufforderung, sich dahin zu entscheiden, ob sie es unter den gegebenen Umständen nicht für angeeignet erachteten, die Auflösung der Personalvertretung, respektive die Ausschreibung von Neuwahlen zu verlangen. Falls dies zutrafte, soll ein diesbezüglicher Wunsch dem Landesgendarmeriekommando bekanntgegeben werden. Mehr als die Hälfte der Befragten entschieden für die Auflösung und Ausschreibung von Neuwahlen. Eine Entsendung des Bundesfinanzlandesamtes ist bisher nicht erfolgt.

Der Hausbesitzerkrieg in Wien.

Wien, 30. Jänner. (Priv.) Der Hausbesitzerkrieg in Wien dauert an. Gestern fand wieder eine städtische Hausbesitzerversammlung statt, in der der Präsident des Reformverbandes der Hausbesitzer, Start, sich gegen die Vorkommnisse äußerte. Er bezeichnete die Arbeit der Vorkommnisse als Mißbrauch und riefte auch sonst scharfe Angriffe gegen die Vorkommnisse, so daß dessen Anhänger unter Protestrufen demonstrierten den Saal verließen.

Zur Wahl der Lehrervertreter in den Landesschulräten.

Aus Tiroler Lehrerkreisen sind uns geschrieben: Wie bekannt, wurde im Herbst v. J. nach langer Wartzeit die letzte Schulgesetznovelle für Tirol durch den Nationalrat genehmigt, wodurch die Gesetzeskraft erlangte. In Anbetracht dieser Genehmigungsbefugnisse nahmen die Sozialdemokraten in Wien, ganz besonders Abg. Abram, eine scharf abweisende Stellung gegen die in diesem Schulgesetze vorgesehene, ganz einseitig und parteihaftig eingefüllte Zusammenlegung des Tiroler Landesschulrates ein. Diese Stellungnahme, der sich auch die großdeutschen Nationalräte nachdrücklich anschlossen, war vollkommen berechtigt; denn eine Behörde soll doch als eine unparteiische Instanz auf das Vertrauen der Bevölkerung und der Untergebenen Anspruch erheben können, soll möglichst neutralen Charakter tragen und sich nicht bis zum Hals in das schwarze Gewand der allein herrschenden politischen Partei hüllen.

Dem demokratischen Auge der Zeit folgend, soll nun der Landesschulrat auch durch zwei gewählte Vertreter der Lehrerschaft, bzw. deren Stellvertreter ergänzt werden. Es wäre nun billigerweise zu erwarten gewesen, daß die einseitig parteimäßige Zusammenlegung der obersten Schulbehörde des Landes durch die Möglichkeit gemildert worden wäre, wenigstens einen dieser Vertreter aus der großen Anzahl jener Lehrpersonen Tirols entnehmen zu können, die ihre Persönlichkeit der liberalen Partei gegenüber noch nicht ausgeliefert haben, die das uneingeschränkte Vertrauen ihrer Amtsgenossen und die größte Achtung in allen Teilen der Lehrerschaft genießen. Solche Leute gibt es im tirolischen Lehrerstande noch eine stattliche Anzahl. Diese Hoffnung, unparteiische und aufrechte Männer in den Landesschulrat entsenden zu können, wurde durch das neue Landesschulgesetz, das den Proporz ausschaltet und die vom Landesschulrate erlassenen Durchführungsanordnungen für die Wahl vollkommen zertrümmert, da diese danach ausgeschüttelt sind, einzig und allein dem katholischen Tiroler Lehrerverein, als den treuesten Diener liberalen Wahlmännern, auch diese beiden Vertreterstellen auszufüllen.

Es wird zweifelsohne die Deffektivität interessieren, wie moderne Wahlvorschriften aussehen müssen, um ein getreues Parteiabbild bei der Wahl mit möglicher Sicherheit durchzubringen. Damit man dieses Ziel sicher und gewiß erreicht, wurde festgelegt, daß den Lehrervertretern 1. die Lehrer, Lehrerinnen und Schulverwalter, 2. die Handarbeitslehrerinnen (am Bande häufig Herrrathsdamen), 3. alle Nationallehrer und Volksschullehrerinnen, 4. alle Katechetinnen, 5. alle Pfarrer und Seelsorger zu wählen haben, und wenn sie nur zwei Stunden Religionsunterricht erteilen. Durch diese großartige Erweiterung des Wahlrechtes soll die große Anzahl von Religionslehrern und Seelsorgern, die in der neuen Zusammenlegung mit dem Landesschulrate stehen, nur zu dem Zwecke wählen, um die vom katholischen Tiroler Lehrerverein präsentierten Vertreter durchdrücken zu helfen.

So ist nun die Wahl des Lehrerververtreters in den Landesschulrat auf Grund dieses famosen Gesetzes in der Tat







